

Germany-Leipzig: Engineering services

OJ S 196/2023 11/10/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Universitätsklinikum Leipzig AöR

Postal address: Liebigstr. 18 Haus B

Town: Leipzig

NUTS code: DED51 Leipzig, Kreisfreie Stadt

Postal code: 04103

Country: Germany

Contact person: Vergabestelle

E-mail: vergabestelle-B5@medizin.uni-leipzig.de

Internet address(es):

Main address: <http://www.uniklinikum-leipzig.de/>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E21996731>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E21996731>

I.4. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.5. Main activity

Health

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Rahmenvertrag über Planungsleistungen für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Mittelspannung

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Das Universitätsklinikum Leipzig AöR beabsichtigt den Abschluss von Rahmenverträgen über Planungsleistungen für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Mittelspannung (Ertüchtigung Mittelspannungsschaltanlagen (MSSA) inkl. der Trafos, Niederspannungshauptverteilung (NSHV).

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 14 000 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71320000 Engineering design services, 71321000 Engineering design services for mechanical and electrical installations for buildings, 71322000 Engineering design services for the construction of civil engineering works

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DED51 Leipzig, Kreisfreie Stadt

II.2.4. Description of the procurement

Für die perspektivische Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für eine moderne Universitätsmedizin in Leipzig werden die Ziele der strategischen Ausrichtung stetig weiterentwickelt und in eine Bauliche Entwicklungsplanung überführt. Damit die klinische Maximalversorgung durch das Universitätsklinikum Leipzig weiterhin gewährleistet werden kann, müssen infrastrukturelle Voraussetzungen für die im Rahmen der Baulichen Entwicklungsplanung zu realisierenden Hochbaumaßnahmen auf dem Campus der Universitätsmedizin Leipzig geschaffen werden. Die fehlenden Potenziale für die zukünftigen Leistungsbedarfe und die Defizite am Netz selbst, die die Wartungsfähigkeit zum Teil erheblich einschränken, bedürfen einer grundhaften Änderung der Grundnetzstruktur. Dies schließt auch Objekte außerhalb des Zentralstandortes mit ein.

Vor dem Hintergrund der benötigten wiederkehrenden gleichgearteten Planungsleistung in mehreren Bestandsobjekten soll eine Rahmenvereinbarung zur Umsetzung der Planungsleistungen im Zuge der oben beschriebenen Maßnahmen geschlossen werden. Die jeweils umzusetzende Einzelplanungsmaßnahme wird nach Abschluss der Rahmenvereinbarung in jeweils einer gesonderten Leistungsbeschreibung beschrieben und im Wettbewerb unter den Rahmenvertragspartnern beauftragt. Es wird dabei angenommen, dass die Art der Leistung, die jeweils als Einzelmaßnahme auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung per Einzelauftrag beauftragt wird, im Kern gleichbleibend ist und die objektbezogenen ggf. differierenden Rahmenbedingungen geringfügig in ihrer Abweichung untereinander sind. Es ist zu erwarten, dass Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Mittelspannung (Ertüchtigung MSSA inkl. der Transformatoren und Ertüchtigung NSHV, einschließlich Einbau von Fernwirktechnik) als voraussichtlich 11 Maßnahmen durchzuführen sein werden. Die Planung dieser Maßnahmen ist Gegenstand der Aufgabenstellung. Das geschätzte Auftragsvolumen über 8 Jahre (Festlaufzeit von 4 Jahren mit der zweimaligen Verlängerungsoption um jeweils 2 Jahre) beträgt ca. 12,6 Mio. Euro. Der Höchstwert (Abrufvolumen) des Auftrags wird auf 14.000.000,00 Euro festgelegt. Die Abrufe können daher bis zum maximalen Abrufvolumen (Höchstwert) von bis zu maximal 14.000.000,00 Mio. Euro erfolgen. Die Rahmenvereinbarung verliert ihre Wirkung, sobald der Höchstwert erreicht ist.

II.2.5.

Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 14 000 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Auftraggeber ist zur zweimaligen Verlängerung berechtigt. Nach Ablauf der Laufzeit von 4 Jahren verlängert sich der Vertrag zweimal um jeweils zwei weitere Jahre bis zu insgesamt 8 Laufzeitjahren, wenn der Auftraggeber den Vertrag nicht 6 Monate zum Ende der Erstlaufzeit bzw. der ersten zweijährigen Verlängerung schriftlich kündigt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Der Auftraggeber ist zur zweimaligen Verlängerung berechtigt. Nach Ablauf der Laufzeit von 4 Jahren verlängert sich der Vertrag zweimal um jeweils zwei weitere Jahre bis zu insgesamt 8 Laufzeitjahren, wenn der Auftraggeber den Vertrag nicht 6 Monate zum Ende der Erstlaufzeit bzw. der ersten zweijährigen Verlängerung schriftlich kündigt.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1. Kurze Unternehmensdarstellung (insbesondere Gesellschaftsstruktur, evtl. Konzernzugehörigkeit bzw. wirtschaftliche Verflechtung, Geschäftsfelder).
2. Eigenerklärung, dass in der Person des Bewerbers keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen.
3. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG vorliegen.
4. Eigenerklärung zum Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 betreffend Sanktionen gegen Russland.
5. Nachweis über aktuell gültige Eintragung in ein Berufsregister und/oder Handelsregister gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. Februar 2014.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

1. Eigenerklärungen über den Netto-Gesamtumsatz des Bewerbers/ Eignungsverleihers der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2020-2022).
2. Eigenerklärungen über den spezifischen Netto-Umsatz des Bewerbers/ Eignungsverleihers der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind (Planung im Bereich Technische Ausrüstung) (2020-2022).

3. Nachweis des Versicherungsschutzes:

Der Nachweis des Versicherungsschutzes muss durch die Vorlage einer Versicherungspolice geführt werden. Außerdem ist eine Eigenerklärung des Bieters vorzulegen, dass im Auftragsfall der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen (fort-)bestehen wird.

Bei Bietergemeinschaft: im Auftragsfall muss sich der Versicherungsschutz auf die gesamte Bietergemeinschaft bzw. die für die Auftragsausführung gebildete Arbeitsgemeinschaft beziehen.

Bei Nichtbestehen oder Unterschreitung der geforderten Versicherung ist mit dem Angebot zusätzlich zur Eigenerklärung des Bieters eine Erklärung des Versicherers vorzulegen, dass im Auftragsfall der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen bestehen wird. Vor Zuschlagserteilung ist eine aktuelle Bestätigung des Versicherers über das Bestehen der Versicherungen mit den geforderten Deckungssummen zwingend vorzulegen.

Der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den (Mindest-)Deckungssummen (2-fach maximiert p.a.) in Höhe von 2,5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden, 1,5 Mio. EUR für Vermögensschäden/sonstige Schäden.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

1. Nachweis vergleichbarer Leistungen durch die Eigenerklärung zu Referenzen des Büros /Unternehmens (ab 2018) (jeweils unter konkreter Benennung des Auftragsgebers (auf Anforderung auch Benennung Ansprechpartner und Erreichbarkeit), des Auftragnehmers, der Referenzleistung, Wertes/anrechenbarer Kosten, Zeitpunkt Abschluss, eingesetzter Mitarbeiter und der Beschreibung mit Angabe des Leistungsanteils des Bewerbers). Der Bieter muss Referenzprojekte seines Büros/Unternehmens nachweisen, die mit den aufgrund der ausgeschriebenen Rahmenvereinbarung zu beauftragenden Planungsprojekten vergleichbar sind und deren Leistungsphase 8 in den letzten 4 Jahren (ab 2020) abgeschlossen wurde.

2. Eigenerklärung über die Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte unter Angabe des aktuellen Standes, gegliedert nach Berufsgruppen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

zu 1.: mindestens 1 Referenzprojekt, das den folgenden Anforderungen (a) bis e) kumulativ entspricht:

- a) es handelt sich um ein Projekt im Bereich Planung Mittelspannungsschaltanlagen und/oder Niederspannungshauptverteilungen,
- b) welche in Verbindung mit der Infrastruktur eines Krankenhauses oder einer vergleichbaren Einrichtung (wie etwa mit Erfordernissen, dass das Stromnetz in einem 24/7-Betrieb unterbrechungsfrei betrieben werden muss) standen,
- c) es wurden mindestens die Leistungsphasen 3 bis 8 nach HOAI bearbeitet und abgeschlossen;
- d) anrechenbare Kosten des Projekts von mindestens 3,5 Mio. Euro;

e) Abschluss Leistungsphase 8 ab 2020.

zu 2.: Der Bieter muss zum aktuellen Stand (Oktober 2023) die Verfügbarkeit von folgenden Berufsgruppen nachweisen:

- Mindestens 2 Ingenieure oder staatlich geprüfte Elektrotechniker
- Mindestens 2 Objektüberwacher

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

§ 75 Vergabeverordnung

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The procurement involves the establishment of a framework agreement

Framework agreement with several operatorsEnvisaged maximum number of participants to the framework agreement: 5

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 06/11/2023 Local time: 16:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/01/2024

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 06/11/2023 Local time: 16:01

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1. Die Vergabeunterlagen enthalten einen Bieterbogen nebst Formblättern, den die Bieter für die Erstellung und Einreichung ihrer Angebote verwenden müssen.

2. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Bieterbogen eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der:

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,
- alle Mitglieder aufgeführt sind,
- ein von allen Mitgliedern gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und darüber hinaus uneingeschränkt für jedes Mitglied bevollmächtigter Vertreter bezeichnet und mit Geldempfangsvollmacht ausgestattet ist,
- die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder erklärt wird.

Eine besondere Rechtsform der Bietergemeinschaft und/oder Arbeitsgemeinschaft wird nicht vorgeschrieben. Mehrfachangebote, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig. Die Vergabestelle wertet es jedoch nicht als unzulässiges Doppelangebot, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bietern bzw. Bietergemeinschaften eingebunden werden bzw. Mitglied einer Bietergemeinschaft sind. Zwingende Maßgabe ist hierbei jedoch, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis über die Angebotspreise der relevanten Bieter/Bietergemeinschaften hat, bei denen er Nachunternehmer ist. Dies ist nach Aufforderung durch verbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Vergabestelle zu versichern. Im Falle eines unzulässigen Doppelangebots müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bieter/Bietergemeinschaften ausgeschlossen werden. Mehrfachangebote sind auch Angebote rechtlich unselbständiger Niederlassungen eines Bieters.

3. Eigenerklärungen sind zu unterzeichnen, mit Datum zu versehen und mit dem Bieterbogen einzureichen. Aufgrund der Abgabe in Textform ist in dem für die Unterschrift vorgesehenen Feld der Name des Bieters (Unternehmen) und die Person anzugeben, die die Erklärung für das Unternehmen abgibt.

Bei Bietergemeinschaften:

Die unter III.1.1) geforderten Eigenerklärungen sind von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft separat zu unterzeichnen, geforderte Nachweise separat vorzulegen.

Die übrigen geforderte Eigenerklärungen sind nur dann von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft separat zu unterzeichnen und geforderte Nachweise separat vorzulegen, wenn dies für die jeweilige Erklärung/jeweiligen Nachweis ausdrücklich verlangt ist.

Bei Eignungsleihe:

Beruft sich der Bieter auf berufliche, technische, wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines Dritten, so hat er die unter Ziffer III.1.1) geforderten Nachweise und Erklärungen auch von dem Unternehmen mit dem Bieterbogen vorzulegen. Die übrigen geforderten Nachweise und Erklärungen sind nur dann auch von dem eignungsverleihenden Unternehmen mit dem Bieterbogen vorzulegen, wenn dies für die Eignungsleihe erforderlich ist.

Sofern sich der Bieter/die Bietergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen Dritter/ Nachunternehmer/konzernverbundener Unternehmen berufen möchte, muss er/sie auf Aufforderung nachweisen, dass ihm/ihr die Ressourcen des Drittunternehmens für die Auftragsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung).

4. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages nicht älter als 12 Monate sein.

5. Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

6. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7. Es werden nur elektronisch in Textform über die Vergabeplattform eingereichte Angebote berücksichtigt.
8. Verspätet eingereichte Angebote werden nicht berücksichtigt.
9. Die Teilnahme der Bieter an der Eröffnung der Angebote ist ausgeschlossen.
10. Es sollen nur die geforderten Erklärungen/Unterlagen/Nachweise dem Angebot beigelegt werden. Der Inhalt allgemein gültiger Firmenunterlagen o. ä. wird nicht berücksichtigt.
11. Bieterfragen sind ausschließlich über die Nachrichtenfunktion unter www.subreport-elvis.de mit dem Betreff „Bieterfragen“ zu stellen. Die Beantwortung der Fragen wird über den unter Ziffer I.3) genannten Link veröffentlicht. Auf Fragen, die nach dem 26. Oktober 2023, Ortszeit: 12 Uhr eingehen, kann eine rechtzeitige Beantwortung nicht mehr sichergestellt werden (dies ist keine Ausschlussfrist). Die Bieter/Bietergemeinschaften haben sich über alle veröffentlichten Antworten eigenständig zu informieren und deren Inhalte zu berücksichtigen. Bei Fragen zu der Plattform www.subreport.de können sich die Bewerber an Herrn Ralf Jedecke (E-Mail: ralf.jedecke@subreport.de, Tel.: +49 (0) 221-98578-45) wenden.
12. Die Bieter/Bietergemeinschaften haben Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse entsprechend und deutlich zu kennzeichnen.
13. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige und/oder fehlerhafte unternehmensbezogene und fehlende und/oder unvollständige leistungsbezogene Nachweise, Unterlagen und Erklärungen unter angemessener Fristsetzung bei den Bietern nachzufordern. Ebenso behält sich die Vergabestelle vor, die Bestätigung der gemachten Angaben durch weitergehende Nachweise bzw. Originale der eingereichten Kopien zu verlangen.
14. Der Auftraggeber behält sich vor abzufragen, welche Teile des Auftrags die Bieter beabsichtigen, im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, einschließlich der Benennung der vorgesehenen Unterauftragnehmer.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Postal address: Postfach 10 13 64
Town: Leipzig
Postal code: 04013
Country: Germany
E-mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telephone: +49 341/9773800
Fax: +49 341/9771049

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Postal address: Postfach 10 13 64

Town: Leipzig

Postal code: 04013

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@lds.sachsen.de

Telephone: +49 341/9773800

Fax: +49 341/9771049

VI.5. Date of dispatch of this notice

06/10/2023